

Grundkurs Öffentliches Recht

Sodan / Ziekow

9., wesentlich überarbeitete Auflage 2020

ISBN 978-3-406-75784-6

C.H.BECK

schnell und portofrei erhältlich bei
beck-shop.de

Die Online-Fachbuchhandlung beck-shop.de steht für Kompetenz aus Tradition. Sie gründet auf über 250 Jahre juristische Fachbuch-Erfahrung durch die Verlage C.H.BECK und Franz Vahlen.

beck-shop.de hält Fachinformationen in allen gängigen Medienformaten bereit: über 12 Millionen Bücher, eBooks, Loseblattwerke, Zeitschriften, DVDs, Online-Datenbanken und Seminare. Besonders geschätzt wird beck-shop.de für sein umfassendes Spezialsortiment im Bereich Recht, Steuern und Wirtschaft mit rund 700.000 lieferbaren Fachbuchtiteln.

Sodan/Ziekow
Grundkurs Öffentliches Recht

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Grundkurs Öffentliches Recht

Staats- und Verwaltungsrecht

von

Dr. iur. Helge Sodan

o. Professor an der Freien Universität Berlin

Präsident des Verfassungsgerichtshofes des Landes Berlin a. D.

Direktor des Deutschen Instituts für Gesundheitsrecht

und

Dr. iur. Jan Ziekow

o. Professor an der Deutschen Universität

für Verwaltungswissenschaften Speyer

Direktor des Deutschen Forschungsinstituts für öffentliche Verwaltung

9., wesentlich überarbeitete Auflage 2020

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

www.beck.de

ISBN 978 3 406 75784 6

© 2020 Verlag C.H. Beck oHG
Wilhelmstraße 9, 80801 München
Druck und Bindung: Druckerei C.H. Beck Nördlingen
(Adresse wie Verlag)

Satz: Jung Crossmedia Publishing GmbH
Gewerbestraße 17, 35633 Lahnau

Umschlaggestaltung: Druckerei C.H. Beck Nördlingen



Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

Vorwort

Nachdem auch die im Frühjahr 2018 erschienene 8. Auflage des Grundkurses Öffentliches Recht auf sehr positive Resonanz gestoßen und mittlerweile vergriffen ist, legen wir mit Freude eine wesentlich überarbeitete und aktualisierte Neuauflage vor.

Der Anspruch des Werkes ist geblieben:

„Der vorliegende Grundkurs soll Basiswissen im Öffentlichen Recht in *einem* Buch vermitteln: im Verfassungsrecht einschließlich des Verfassungsprozessrechts sowie im Verwaltungsrecht einschließlich ausbildungsrelevanter Bereiche des Besonderen Verwaltungsrechts und des Verwaltungsprozessrechts, jeweils mit den Bezügen zum Europarecht. Damit will der Grundkurs den Anfängern, aber auch den Fortgeschrittenen den Erwerb und die Lektüre *mehrerer* Lehrbücher im Umfang von zusammen mindestens 1.500 Seiten zur Gewinnung eines studienverwertbaren Überblicks ersparen. Seine Lektüre kann auch für Examenskandidaten, denen es um eine konzentrierte Wiederholung des Stoffes geht, von Nutzen sein. [...] Wer sich zum Ziel gesetzt hat, nach einem Studium der Rechtswissenschaft den ‚Freischuss‘ in der ersten juristischen Staatsprüfung erfolgreich zu nutzen oder nach einem Studium von Teilgebieten des Rechts die diesbezüglichen Prüfungsanforderungen zu erfüllen, muss *effizient* studieren. Entscheidend ist die Trennung von Wichtigem und Unwichtigem bereits bei der Stoffauswahl. Der vorliegende Grundkurs bemüht sich vor allem um die prägnante Herausarbeitung der besonders prüfungsrelevanten Positionen der höchstrichterlichen Rechtsprechung. Dabei geht es nicht um die Vermittlung von Detailwissen durch Ausbreitung einer Unmenge von Einzelproblemen. Vielmehr sollen die Strukturen des Öffentlichen Rechts aufgezeigt werden. Diesem Ziel dienen zahlreiche Übersichten, Prüfungsschemata und eine an insgesamt knapp 100 Fällen orientierte Darstellung, durch welche die behandelten Grundprobleme plastisch werden sollen. Der Grundkurs ist damit auch für Studierende geeignet, die sich in ihrem wirtschaftswissenschaftlichen Studium oder in einem anderen Studiengang mit Grundfragen des Öffentlichen Rechts beschäftigen“ (aus dem Vorwort zur 1. Auflage).

Sowohl der verfassungsrechtliche als auch der verwaltungsrechtliche Teil des Buches sind durchgehend aktualisiert worden. Hinsichtlich des Verfassungsrechts waren insbesondere zahlreiche neue Entscheidungen des BVerfG zu berücksichtigen: Dies gilt u. a. für die beiden Beschlüsse jeweils vom 6.11.2019 zum „Recht auf Vergessen“, den Beschluss vom 14.1.2020 zur Verfassungsmäßigkeit des Kopftuchverbots für Rechtsreferendarinnen, das Urteil vom 26.2.2020 zur Verfassungswidrigkeit des Verbots der geschäftsmäßigen Förderung der Selbsttötung und das Urteil vom 5.5.2020 zur Kompetenzwidrigkeit der Beschlüsse der EZB zum Staatsanleihekaufprogramm.

Im verwaltungsrechtlichen Teil lagen Schwerpunkte der Überarbeitung u. a. bei Vertiefungen zu prüfungselevanten Themengebieten des Allgemeinen Verwaltungsrechts und bei den baurechtlichen Abschnitten.

Erneut wurde entsprechend den in Wissenschaft und Praxis gebildeten Schwerpunkten der Erste Teil (Verfassungsrecht) von *Helge Sodan* und der Zweite Teil (Verwaltungs-

recht) von *Jan Ziekow* bearbeitet. Beide Autoren übernehmen jedoch für das Gesamtwerk die gemeinsame Verantwortung.

Für vielfältige Unterstützung bei der Aktualisierung des verfassungsrechtlichen Teils danken wir herzlich den Herren *Bernhard Hadank*, *Michael Hahn*, *Christian Janssen* und *Jann Schmitt*, die alle Wissenschaftliche Mitarbeiter an der Freien Universität Berlin sind, sowie Herrn *Robert Wille*, der Wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Universität Potsdam ist.

An der Deutschen Universität für Verwaltungswissenschaften Speyer hat Herr Wiss. Mitarb. *Alexander Niestedt*, Ass. iur., die zahlreichen landesrechtlichen Nachweise sowie die Literaturfundstellen aktualisiert sowie – zusammen mit Frau *Martina Diaz-Carreño* – sich der Mühe des Lesens der Korrekturen unterzogen. Beiden gebührt dafür herzlicher Dank.

Für die wohlwollende und stets zuverlässige Förderung der Schrift danken wir erneut Herrn Rechtsanwalt *Dr. Johannes Wasmuth*, Juristisches Lektorat des Verlages C.H. Beck.

Berlin/Speyer, im Juli 2020

*Helge Sodan
Jan Ziekow*



Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	XXXIII
---------------------------------	--------

Einführung

§ 1. Zur Konzeption dieses Lehrbuchs	1
I. Hintergrund	1
II. Zielsetzung und Hinweise zur Darstellung	1
III. Notwendige Stoffbeschränkungen	2
§ 2. Einführung in die juristische Methodenlehre	4
I. Notwendigkeit von Auslegung	4
II. Grammatische Auslegung	5
III. Genetische und historische Interpretation	6
IV. Systematische Auslegung	8
V. Ermittlung von Sinn und Zweck	10

Erster Teil. Verfassungsrecht

Erster Abschnitt. Grundlagen

§ 3. Verfassungsrecht in Abgrenzung vom Verwaltungsrecht	12
§ 4. Staat und Rechtsordnung	13
I. Was ist ein Staat?	13
II. Rechtsordnung	14
1. Rechtsquellen	15
a) Verfassung	15
b) Parlamentsgesetz (formelles Gesetz)	15
c) Rechtsverordnung	15
d) Satzung	16
e) Gewohnheitsrecht und Richterrecht	16
f) Verwaltungsvorschrift	17
2. Kollisionen zwischen Rechtsnormen und Kollisionsregeln	17
§ 5. Bezüge des Grundgesetzes zum Europarecht	18
I. Staatsziel: Verwirklichung eines vereinten Europas	19
II. Übertragung von Hoheitsrechten auf die EU	19
1. Zulässigkeit, Technik und Bedeutung des Zustimmungsgesetzes	19
2. Grenzen der Übertragung von Hoheitsrechten	20
III. Vorrang des Unionsrechts	25
IV. Ultra vires- und Identitätskontrolle durch das BVerfG	27
V. Grundrechtsschutz gegenüber Unionsorganen	30
VI. Grundrechtsschutz gegenüber deutschen Staatsorganen, die Unionsrecht anwenden oder umsetzen	32
VII. Bindung der Mitgliedstaaten an Unionsgrundrechte	34
VIII. Beteiligung von Bundestag und Ländern an Rechtsetzungsakten der EU	36
IX. Europäische Menschenrechtskonvention	39
1. Innerstaatlicher Rang eines einfachen Bundesgesetzes	39

2. Geschützte Rechte und Freiheiten	40
3. Rechtsschutz durch den EGMR	41
4. Hilfen für die Auslegung des Grundgesetzes	43

Zweiter Abschnitt. Staatsorganisationsrecht

Erstes Kapitel. Staatsstrukturprinzipien und Staatsziele

§ 6. Demokratie	44
I. Begriff und Verortung	45
II. Volkssovereinheit	45
1. Staatsgewalt	45
2. Deutsches Volk als Legitimationssubjekt der Staatsgewalt	46
III. Ausübung der Staatsgewalt durch das Volk	47
1. Wahlen	48
2. Abstimmungen	48
IV. Ausübung der Staatsgewalt durch besondere Organe – Demokratische Legitimation	50
1. Personelle demokratische Legitimation	50
2. Sachlich-inhaltliche demokratische Legitimation	51
3. Institutionelle und funktionelle demokratische Legitimation	52
4. Demokratische Legitimation bei funktionaler Selbstverwaltung	53
V. Repräsentative und parlamentarische Demokratie	53
1. Gedanke der Repräsentation	53
2. Parlamentarische Demokratie	53
3. Wahl zum Deutschen Bundestag	54
a) Wahlsystem und Wahlrecht	54
b) Wahlrechtsgrundsätze	56
aa) Allgemeine, unmittelbare, freie und geheime Wahlen	56
bb) Grundsatz der Gleichheit der Wahl	58
(1) Erfolgswertgleichheit und Fünf-Prozent-Klausel	59
(2) Erfolgswertgleichheit und Grundmandatsklausel	60
(3) Erfolgswertgleichheit und Überhangmandate	61
c) Wahlprüfung und Nichtanerkennungsbeschwerde	61
4. Parlamentsvorbehalt und Wesentlichkeitstheorie	62
VI. Mehrheitsprinzip	63
VII. Rolle der politischen Parteien	63
1. Aufgabe und Funktion der Parteien	64
2. Begriff	64
3. Rechtsstellung	65
4. Verfassungsmäßige Rechte	66
a) Gründungs- und Betätigungsfreiheit	66
b) Chancengleichheit	66
5. Demokratische Binnenstruktur	68
6. Staatliche Parteienfinanzierung und Rechenschaftspflicht	68
7. Parteiverbot und Parteienprivileg	70
§ 7. Rechtsstaat	73
I. Begriff, Verortung, materielle Dimension	73
II. (Horizontale) Gewaltenteilung	74
1. Aufgaben von Legislative, Exekutive und Judikative	75
2. Gewaltenverschränkungen	76
III. Verfassungsvorrang, Gesetzesvorrang und Gesetzesvorbehalt – Gesetzmäßigkeit der Verwaltung	77
1. Verfassungsvorrang und Gesetzesvorrang	77
a) Bindung des Gesetzgebers an die verfassungsmäßige Ordnung	77

b) Bindung von Exekutive und Judikative an die Rechtsordnung	78
2. Gesetzesvorbehalt	79
IV. Materielle Gerechtigkeit	80
1. Gewährleistung von Grundrechten	80
2. Grundsatz der Verhältnismäßigkeit	80
V. Rechtssicherheit	81
1. Bestimmtheitsgebot	81
2. Prinzip der Widerspruchsfreiheit der Rechtsordnung	83
3. Rückwirkungsverbot und Vertrauensschutz	83
a) Rückwirkungsverbot	84
aa) Art. 103 II GG	84
bb) Allgemeines Rückwirkungsverbot	85
b) Vertrauensschutz außerhalb des Rückwirkungsverbots	89
§ 8. Bundesstaat	90
I. Begriff, Verortung und historisches Verständnis	90
II. Staatsqualität der Bundesländer	91
III. Vertikale Gewaltenteilung und Kompetenzverteilung	92
IV. Wechselseitige Einwirkung und kooperativer Föderalismus	94
1. Verfassungsrechtlich vorgesehene Formen	94
2. Freiwilliges Zusammenwirken	95
V. Grundsatz bundes- und länderfreundlichen Verhaltens (Bundestreue)	97
VI. Kommunale Selbstverwaltungsgarantie	101
§ 9. Republik	103
§ 10. Sozialstaat	105
I. Verortung und Begriff	105
II. Konkretisierung und Adressaten	106
III. Inhaltliche Vorgaben	107
1. Begünstigte/Vorrang privater Lebensgestaltung	107
2. Soziale Sicherheit	107
3. Soziale Gerechtigkeit	109
4. Chancengleichheit	110
IV. Verhältnis zu Grundrechten	110
§ 11. Staatsziele: Umweltschutz und Tierschutz	112
I. Allgemeines	112
II. Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen (Umweltschutz)	113
III. Schutz der Tiere	113
Zweites Kapitel. Staatsorgane	
§ 12. Deutscher Bundestag	114
I. Bedeutung und Funktionen des Bundestages	115
II. Wahl und Zusammensetzung des Bundestages	116
III. Wahlperiode und vorzeitige Auflösung des Bundestages	116
1. Wahlperiode	116
2. Grundsatz der Diskontinuität	116
3. Vorzeitige Auflösung	117
IV. Organisation und Verfahren des Bundestages	117
1. Geschäftsordnung des Bundestages	117
2. Gliederung des Bundestages (insbesondere Fraktionen und Ausschüsse)	118
3. Beschlussfassung und Mehrheitsformen im Bundestag	119

V. Rechtsstellung der Abgeordneten	120
1. Freies Mandat	120
2. Parlamentarische Mitwirkungsrechte der Abgeordneten	122
3. Indemnität und Immunität der Abgeordneten	123
VI. Untersuchungsausschüsse des Bundestages	123
 § 13. Bundesrat	125
I. Stellung und Bedeutung des Bundesrates	125
II. Zusammensetzung des Bundesrates; Stimmen im Bundesrat	125
III. Aufgaben und Befugnisse des Bundesrates	126
1. Mitwirkung bei der Gesetzgebung des Bundes	126
a) Einspruchs- und Zustimmungsgesetze	126
b) Zustimmungsbedürftige Gesetze im Einzelnen	127
aa) Insbesondere Gesetze betreffend Verwaltungskompetenzen	127
bb) Weitere Fälle zustimmungsbedürftiger Gesetze	128
c) Umfang der Zustimmungsbedürftigkeit und Aufspaltbarkeit von zustimmungsbedürftigen Gesetzen	129
d) Änderung von zustimmungsbedürftigen Gesetzen	130
2. Mitwirkung bei der Verwaltung des Bundes	131
3. Mitwirkung in Angelegenheiten der Europäischen Union	131
IV. Beschlussfassung im Bundesrat	132
 § 14. Bundespräsident	133
I. Zur Stellung und Funktion des Bundespräsidenten	134
1. Staatsoberhaupt und damit verbundene Aufgaben	134
2. Gegenziehungspflicht	134
II. Wahl und Amts dauer des Bundespräsidenten; Vertretung; Präsidentenanklage	135
III. Einzelne Aufgaben und Befugnisse des Bundespräsidenten	136
1. Ausfertigung der Gesetze	136
a) Formelles Prüfungsrecht	136
b) Materielles Prüfungsrecht	136
c) Überprüfung nur hinsichtlich evidenter Verfassungsverstöße	137
2. Ernennung der Bundesminister	138
3. Vorschlag und Ernennung des Bundeskanzlers	138
4. Ernennung der Bundesrichter, Bundesbeamten und Offiziere	138
5. Vertretung der Bundesrepublik Deutschland nach außen	139
6. Recht zur Bundestagsauflösung	139
7. Äußerungsbefugnis des Bundespräsidenten	139
 § 15. Bundesregierung	140
I. Allgemeines zu Stellung und Bedeutung der Bundesregierung	140
II. Zustandekommen und Amts dauer der Bundesregierung	141
1. Wahl des Bundeskanzlers	141
2. Ernennung der Bundesminister	142
3. Amts dauer der Bundesregierung; vorzeitige Beendigung	143
a) Regelung des Art. 69 II GG	143
b) Konstruktives Misstrauensvotum	143
c) Vertrauensfrage	143
d) Rücktritt und andere „Erledigung“ des Amtes des Bundeskanzlers	146
III. Aufgaben der Bundesregierung	146
IV. Aufgabenverteilung innerhalb der Bundesregierung	147
1. Richtlinienkompetenz des Bundeskanzlers („Kanzlerprinzip“)	147
2. Ressortkompetenz der Bundesminister („Ressortprinzip“)	147

3. Kollegialkompetenz der Bundesregierung („Kabinettsprinzip“)	147
V. Äußerungsbefugnis von Mitgliedern der Bundesregierung	148
§ 16. Bundesverfassungsgericht	150
I. Verfassungsrechtliche Stellung	150
II. Funktionen der Verfassungsgerichtsbarkeit	150
III. Organisation	151
IV. Verfassungsgerichtsbarkeit in den Ländern	153
 Drittes Kapitel. Staatsfunktionen	
§ 17. Gesetzgebung	155
I. Einleitung	155
II. Gesetzgebungszuständigkeit	156
1. Grundregel des Art. 70 GG: Prinzipielle Länderzuständigkeit	156
2. Gesetzgebungszuständigkeiten des Bundes	156
a) Ausschließliche Gesetzgebung	156
b) Konkurrierende Gesetzgebung	157
aa) Grundsatz des Art. 72 I GG	157
bb) Kompetenzkatalog des Art. 74 I GG	157
cc) Sperrwirkung	158
dd) Abweichungsbefugnis der Länder	159
ee) Erfordernis bundeseinheitlicher Regelung	160
c) (Abschaffung der) Rahmengesetzgebung	161
d) Grundsatzgesetzgebung	162
e) Kompetenz kraft Natur der Sache, kraft Sachzusammenhangs und Annexkompetenz	162
3. Typische Zuständigkeitsbereiche der Länder	163
III. Gesetzgebungsverfahren	164
1. Einleitungsverfahren	164
a) Gesetzesinitiative	164
b) Zuleitung an den Bundestag	165
2. Hauptverfahren	166
a) Beratung der Gesetzesvorlage im Bundestag	166
b) Beschlussfassung im Bundestag	166
c) Mitwirkung des Bundesrates	166
aa) Verfahren bei Einspruchsgesetzen	167
bb) Verfahren bei Zustimmungsgesetzen	168
3. Abschlussverfahren	168
IV. Formelle Verfassungsmäßigkeit von Gesetzen	170
V. Materielle Verfassungsmäßigkeit von Gesetzen	170
VI. Besonderheiten bei verfassungsändernden Gesetzen	171
VII. Rechtsverordnungen	171
§ 18. Verwaltung	172
I. Verteilung der Verwaltungskompetenzen zwischen Bund und Ländern	173
II. Landeseigene Ausführung der Bundesgesetze	174
III. Verwaltung durch die Länder im Bundesauftrag	175
IV. Ausführung der Gesetze durch den Bund	177
V. (Verbot der) „Mischverwaltung“ und Durchgriffsverbot	178
§ 19. Rechtsprechung und Gerichtsverfassung	178
I. Rechtsprechung	179
II. Gerichtsverfassung	180
1. „Jurisdiktionskompetenz“ und Gesetzgebungskompetenz	180

2. Spartengerichtsbarkeit	181
3. Mehrinstanzliche Gerichtsbarkeit	181
4. Recht auf den gesetzlichen Richter	182

Dritter Abschnitt. Grundrechte

Erstes Kapitel. Allgemeine Grundrechtslehren

§ 20. Historische Entwicklung der Grundrechte	182
I. Erste Ansätze der Grundrechte in England	183
II. Rechteerklärungen in Nordamerika und Frankreich	183
III. Entwicklungen in Deutschland	184
1. Verfassung des Deutschen Reiches von 1849	184
2. Verfassung des Deutschen Reiches von 1919	185
3. Entwicklung der Grundrechte des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland	186
§ 21. Begriff und Arten der Grundrechte	187
I. Bundes- und Landesgrundrechte	188
II. Grundrechte und grundrechtsgleiche Rechte	188
III. Menschen- und Bürgerrechte	189
IV. Freiheits- und Gleichheitsrechte	190
V. Materielle und prozessuale Grundrechte	190
§ 22. Dimensionen der Grundrechte	191
I. Subjektiv-rechtliche Dimensionen	191
1. Grundrechte als Abwehrrechte	192
2. Grundrechte als originäre Leistungsrechte	194
3. Grundrechte als Gleichbehandlungsrechte	194
II. Objektiv-rechtliche Dimensionen	196
1. Geltung der Grundrechte im Privatrecht	196
2. Grundrechtliche Schutzpflichten	199
3. Institutionelle Gewährleistungen	202
4. Grundrechtssicherung durch Organisation und Verfahren	203
§ 23. Grundrechtsverpflichtete und Grundrechtsträger	204
I. Grundrechtsverpflichtete	204
II. Grundrechtsträger	205
1. Natürliche Personen	206
a) Deutsche und Ausländer	206
b) Geschäftsunfähige, insbesondere Minderjährige	207
c) Ungeborenes Leben und Verstorbene	208
2. Juristische Personen	208
a) Juristische Personen des Privatrechts	208
b) Juristische Personen des öffentlichen Rechts	210
III. Grundrechtsverwirklung	212
IV. Grundrechtsverzicht	212
§ 24. Struktur der Grundrechtsprüfung	212
I. Freiheitsrechte	213
1. Sachlicher und personeller Schutzbereich	214
2. Eingriff	214
3. Verfassungsrechtliche Rechtfertigung des Eingriffs	218
a) Grundrechtsschranken	218
b) Formelle Grenzen der Einschränkbarkeit von Grundrechten	221
c) Materielle Grenzen der Einschränkbarkeit von Grundrechten	222

aa) Parlamentsvorbehalt	222
bb) Bestimmtheitsgebot	223
cc) Grundsatz der Verhältnismäßigkeit	224
dd) Wesensgehaltsgarantie	228
ee) Verbot von Einzelfallgesetzen	229
ff) Weitere materielle Anforderungen	230
4. Zusammenfassende Übersichten	230
II. Gleichheitsrechte	232
§ 25. Grundrechtskonkurrenzen	232
I. Spezialitätsverhältnis	232
II. Idealkonkurrenz (einschließlich Schrankendivergenz)	233
Zweites Kapitel. Die einzelnen Grundrechte	
§ 26. Schutz der Menschenwürde	233
I. Bedeutung des Grundrechts	233
II. Schutzbereich	234
1. Sachlicher Schutzbereich	234
2. Personeller Schutzbereich	235
III. Eingriffe	235
IV. Verfassungsrechtliche Rechtfertigung?	238
V. Verhältnis zu anderen Grundrechten	238
§ 27. Recht auf freie Entfaltung der Persönlichkeit	239
I. Bedeutung und Systematik des Grundrechts	239
II. Schutzbereich	239
1. Sachlicher Schutzbereich	239
a) Allgemeine Handlungsfreiheit	239
b) Allgemeines Persönlichkeitsrecht	241
2. Personeller Schutzbereich	243
a) Allgemeine Handlungsfreiheit	243
b) Allgemeines Persönlichkeitsrecht	244
III. Eingriffe	244
IV. Verfassungsrechtliche Rechtfertigung	245
1. Grundrechtsschranken	245
a) Verfassungsmäßige Ordnung	245
b) Rechte anderer	245
c) Sittengesetz	245
2. Grenzen der Einschränkbarkeit	246
§ 28. Rechte auf Leben und körperliche Unversehrtheit	247
I. Bedeutung der Grundrechte	247
II. Schutzbereiche	247
1. Sachliche Schutzbereiche	247
a) Recht auf Leben	247
b) Recht auf körperliche Unversehrtheit	248
c) Grundrechtliche Schutzpflichten	248
2. Personelle Schutzbereiche	248
III. Eingriffe	248
IV. Verfassungsrechtliche Rechtfertigung	249
1. Grundrechtsschranken	249
2. Grenzen der Einschränkbarkeit	250

§ 29. Freiheit der Person	250
I. Bedeutung und Systematik des Grundrechts	250
II. Schutzbereich	251
1. Sachlicher Schutzbereich	251
a) Positive Bewegungsfreiheit	251
b) Negative Bewegungsfreiheit	252
c) Grundrechtliche Schutzpflicht	252
2. Personeller Schutzbereich	252
III. Eingriffe	252
1. Freiheitsbeschränkungen	252
2. Freiheitsentziehungen	253
IV. Verfassungsrechtliche Rechtfertigung	253
1. Grundrechtsschranken	253
2. Grenzen der Einschränkbarkeit	253
a) Anforderungen des Art. 104 GG	253
b) Grundsatz der Verhältnismäßigkeit	254
§ 30. Die Gleichheitsgebote des Art. 3 GG	255
I. Gleichheitsrechte und deren Prüfung	255
II. Allgemeiner Gleichheitssatz	255
1. Grundsätzliches zum Schutzgehalt	255
2. Grundrechtsverpflichtete	257
3. Grundrechtsträger	257
4. Ungleichbehandlung	258
5. Rechtfertigung der Ungleichbehandlung	259
III. Die besonderen Gleichheitssätze des Art. 3 GG	262
1. Allgemeines	262
2. Die besonderen Gleichheitssätze des Art. 3 GG im Einzelnen	262
a) Gleichberechtigung von Männern und Frauen	262
b) Die übrigen Diskriminierungsverbote des Art. 3 III 1 GG	264
c) Verbot der Benachteiligung von Behinderten	265
§ 31. Glaubens- und Gewissensfreiheit	266
I. Glaubensfreiheit	266
1. Sachlicher Schutzbereich	266
a) Begriff des „Glaubens“	266
b) Einheitliches Grundrecht der Glaubensfreiheit	266
c) Geschützte Verhaltensweisen im Einzelnen	267
d) Schutzpflicht des Staates	268
2. Personeller Schutzbereich	269
3. Eingriffe	270
4. Verfassungsrechtliche Rechtfertigung	270
II. Gewissensfreiheit	274
1. Schutzbereich	274
2. Eingriffe und deren verfassungsrechtliche Rechtfertigung	275
III. Grundrecht auf Kriegsdienstverweigerung	275
§ 32. Meinungs-, Informations-, Presse-, Rundfunk- und Filmfreiheit	276
I. Bedeutung der Freiheitsrechte aus Art. 5 I GG	276
II. Meinungsfreiheit	276
1. Sachlicher Schutzbereich	276
a) Begriff der „Meinung“	276
b) Tatsachenbehauptungen	277
c) Formalbeleidigungen und Schmähkritik	278

d) Geschützte Verhaltensweisen	278
2. Personeller Schutzbereich	279
3. Eingriffe	279
III. Informationsfreiheit	280
1. Schutzbereich	280
2. Eingriffe	280
IV. Pressefreiheit	281
1. Sachlicher Schutzbereich	281
a) Pressebegriff	281
b) Geschützte Verhaltensweisen	281
c) Abgrenzung zur Meinungsfreiheit	282
2. Personeller Schutzbereich	282
3. Eingriffe	283
V. Rundfunkfreiheit	283
1. Sachlicher Schutzbereich	283
a) Rundfunkbegriff	283
b) Geschützte Verhaltensweisen	284
2. Personeller Schutzbereich	284
3. Eingriffe	284
VI. Filmfreiheit	285
VII. Verfassungsrechtliche Rechtfertigung	285
1. Grundrechtsschranken	285
a) Allgemeine Gesetze	285
b) Gesetzliche Bestimmungen zum Schutz der Jugend und Recht der persönlichen Ehre	286
c) Art. 17a I GG	286
d) Verfassungsimmanente Schranken	286
2. Grenzen der Einschränkbarkeit	287
a) Wechselwirkungslehre	287
b) Zensurverbot	288
c) Besonderheiten beim Schutz kollidierender Persönlichkeitsrechte	288
§ 33. Kunst- und Wissenschaftsfreiheit	289
I. Bedeutung der Freiheit von Kunst und Wissenschaft	289
II. Freiheit der Kunst	289
1. Schutzbereich	289
a) Kunstbegriff	289
b) Geschützte Verhaltensweisen	290
c) Personeller Schutzbereich	290
2. Eingriffe	290
III. Freiheit der Wissenschaft	291
1. Schutzbereich	291
a) Sachlicher Schutzbereich	291
b) Personeller Schutzbereich	292
2. Eingriffe	292
IV. Verfassungsrechtliche Rechtfertigung	293
§ 34. Schutz von Ehe und Familie sowie des Elternrechts	293
I. Überblick über die Regelungsgehalte des Art. 6 GG	293
II. Schutz von Ehe und Familie	294
1. Begriffe „Ehe“ und „Familie“	294
2. Schutzgebot und Abwehrrecht	296
3. Institutsgarantie	298
4. Wertentscheidende Grundsatznorm	299

III. Schutz des Elternrechts	300
IV. Schutz und Fürsorge für Mütter sowie Gleichstellung von unehelichen Kindern	303
§ 35. Schulwesen	304
I. Überblick über die Regelungsgehalte des Art. 7 GG	304
II. Staatliche Schulaufsicht	304
III. Religionsunterricht	305
IV. Privatschulfreiheit	306
§ 36. Versammlungsfreiheit	307
I. Bedeutung der Versammlungsfreiheit	307
II. Schutzbereich	308
III. Eingriffe	309
IV. Verfassungsrechtliche Rechtfertigung	310
1. Versammlungen unter freiem Himmel	310
2. Versammlungen in geschlossenen Räumen	312
§ 37. Vereinigungs- und Koalitionsfreiheit	312
I. Bedeutung und Systematik des Art. 9 GG	313
II. Allgemeine Vereinigungsfreiheit	313
1. Schutzbereich	313
a) Begriff der „Vereinigung“	313
b) Personeller Schutzbereich	314
c) Geschützte Verhaltensweisen	314
d) „Negative“ Vereinigungsfreiheit	315
e) Ausgestaltungspflicht	316
f) Verhältnis zu spezielleren Vereinigungsfreiheiten	316
2. Eingriffe	317
3. Verfassungsrechtliche Rechtfertigung	317
a) Rechtfertigung von Vereinigungsverboten	317
b) Rechtfertigung milderer Beeinträchtigungen	318
c) Verhältnismaßigkeitsprinzip	318
III. Koalitionsfreiheit	319
1. Schutzbereich	319
a) Begriff der Koalition	319
b) Personeller Schutzbereich	319
c) Geschützte Verhaltensweisen	320
d) Unmittelbare Drittirkung	321
e) Ausgestaltungspflicht	322
2. Eingriffe	322
3. Verfassungsrechtliche Rechtfertigung	323
a) Art. 9 II GG	323
b) Kollidierendes Verfassungsrecht	323
c) Art. 9 III 3 GG	325
§ 38. Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis	325
I. Schutzbereiche	325
1. Allgemeines	325
2. Briefgeheimnis	326
3. Postgeheimnis	326
4. Fernmeldegeheimnis	326
5. Gemeinsame Schutzgehalte	328
II. Eingriffe	328
III. Verfassungsrechtliche Rechtfertigung	329

§ 39. Freizügigkeit	331
I. Schutzbereich	332
II. Eingriffe	333
III. Verfassungsrechtliche Rechtfertigung	334
§ 40. Berufsfreiheit	334
I. Zur Struktur des Art. 12 GG	334
II. Gewährleistung der Berufsfreiheit	335
1. Sachlicher Schutzbereich	336
a) Dimensionen der Berufsfreiheit	336
b) Begriff des Berufs	337
c) Beruf und Berufsbild	338
d) Geschützte Verhaltensweisen	340
2. Personeller Schutzbereich	344
3. Eingriffe	345
4. Verfassungsrechtliche Rechtfertigung	345
a) Grundrechtsschranken	345
b) Grenzen der Einschränkbarkeit	346
III. Freiheit von Arbeitszwang und Zwangsarbeit	351
§ 41. Unverletzlichkeit der Wohnung	352
I. Allgemeines	352
II. Schutzbereich	352
III. Eingriffe	353
IV. Verfassungsrechtliche Rechtfertigung	353
1. Rechtfertigung von Durchsuchungen	353
2. Rechtfertigung von technischer Überwachung	356
3. Rechtfertigung von sonstigen Eingriffen	358
§ 42. Eigentumsgarantie	359
I. Bedeutung und Funktion der Eigentumsgarantie	359
II. Zur Struktur des Art. 14 GG	360
III. Dimensionen der Eigentumsgarantie	360
IV. Schutzbereiche	361
1. Sachliche Schutzbereiche	361
a) Allgemeines zum Begriff des Eigentums	361
b) Geschützte Rechtspositionen im Einzelnen	362
c) Schutzumfang	364
d) Erbrecht	365
2. Personeller Schutzbereich	365
3. Verhältnis zu anderen Grundrechten	366
V. Eingriffe	366
1. Inhalts- und Schrankenbestimmungen	366
2. Enteignungen	367
3. Sozialisierung	368
4. Sonstige Eingriffe	369
VI. Verfassungsrechtliche Rechtfertigung	369
1. Inhalts- und Schrankenbestimmungen	369
a) Formelle Anforderungen	369
b) Institutsgarantie	369
c) Verhältnismäßigkeit	370
2. Enteignungen	372
a) Formelle Anforderungen	372
b) Allgemeinwohlklausel	373

c) Verhältnismäßigkeit	373
d) Junktimklausel	374
e) Institutsgarantie	375
3. Sozialisierung	375
4. Sonstige Eingriffe	375
5. Entschädigungen	375
§ 43. Schutz vor Ausbürgerung und Auslieferung; Asylrecht	376
I. Überblick über die Art. 16 und 16a GG	376
II. Schutz der deutschen Staatsangehörigkeit	376
III. Schutz vor Auslieferung	377
IV. Asylrecht	378
1. Allgemeines	378
2. Schutzbereich	380
a) Schutz bei „politischer Verfolgung“	380
b) Verfahrensrechtlicher Schutzgehalt	381
c) Personeller Schutzbereich	382
3. Eingriffe	383
4. Verfassungsrechtliche Rechtfertigung	383
a) Beschränkungen des verfahrensbezogenen Gewährleistungsinhalts	384
aa) Vermutungsregel des Art. 16a III GG	384
bb) Art. 16a II 3 GG	384
cc) Art. 16a IV GG	384
b) Vorbehalt des Art. 16a V GG	385
§ 44. Petitionsrecht	385
I. Schutzbereich	385
II. Eingriffe	385
III. Verfassungsrechtliche Rechtfertigung	386
§ 45. Rechtsweggarantie	386
I. Allgemeines	386
II. Schutzbereich	386
III. Eingriffe	390
IV. Verfassungsrechtliche Rechtfertigung	390
§ 46. Widerstandsrecht	391
§ 47. Staatsbürgerliche Gleichheitsrechte; Öffentlicher Dienst	392
I. Überblick über die Gewährleistungen des Art. 33 GG	392
II. Staatsbürgerliche Rechte- und Pflichtengleichheit	392
III. Gleicher Zugang zu öffentlichen Ämtern	392
IV. Verbot der Benachteiligung aus Glaubensgründen	394
V. Hergebrachte Grundsätze des Berufsbeamtentums	394
§ 48. Wahlrechte	395
I. Überblick über die Gewährleistungen des Art. 38 GG	395
II. Wahlrechte	396
1. Schutzbereiche	396
2. Eingriffe	397
3. Verfassungsrechtliche Rechtfertigung	397
§ 49. Justizgrundrechte	398
I. Überblick über die Art. 101 und 103 GG	398
II. Recht auf den gesetzlichen Richter	399

beck-shop.de
THE FACHBUCHHANDLUNG

III. Anspruch auf rechtliches Gehör	401
IV. Gesetzmäßigkeitsprinzip hinsichtlich Strafen	402
V. Verbot der Doppelbestrafung	403

Vierter Abschnitt. Verfassungsprozessrecht

Erstes Kapitel. Grundlagen

§ 50. Allgemeines zum Verfassungsprozessrecht	404
I. Bedeutung und Funktion	404
II. Quellen	405
III. Lückenhaftigkeit	406
IV. Allgemeine Verfahrensprinzipien	407
1. Enumerationsprinzip bezüglich Zuständigkeit	407
2. Antragsprinzip/Dispositionsmaxime	409
3. Untersuchungsgrundsatz	410
4. Prozessvertretung	410
5. Mündliche Verhandlung	410
6. Entscheidungsfindung	411
7. Entscheidungsinhalte und -wirkungen	411
V. Sachentscheidungsvoraussetzungen	412
1. Abgrenzung der Zulässigkeit von der Begründetheit	412
2. Allgemeine und besondere Sachentscheidungsvoraussetzungen	413
3. Allgemeine Zulässigkeitsvoraussetzungen	413
a) Rechtswegeröffnung zum BVerfG	413
b) Ordnungsgemäßer Antrag	413
c) Keine entgegenstehende Rechtskraft oder Rechtshängigkeit	413

Zweites Kapitel. Einzelne Verfahrensarten

§ 51. Verfassungsbeschwerde	414
I. Grundsätzliches	414
II. Zulässigkeit	415
1. Rechtswegeröffnung/Zuständigkeit des BVerfG	415
2. Antragsberechtigung bzw. Beteiligtenfähigkeit	415
3. Prozessfähigkeit und Postulationsfähigkeit	416
4. Ordnungsgemäßer Antrag	417
5. Beschwerdegegenstand	417
6. Beschwerdebefugnis	419
a) Möglichkeit einer Grundrechtsverletzung	419
aa) „Möglichkeitstheorie“	419
bb) Möglichkeit einer „spezifischen“ Grundrechtsverletzung	420
b) Betroffenheit des Beschwerdeführers	420
aa) Betroffenheit in eigenen Rechten	420
bb) Gegenwärtige Betroffenheit	421
cc) Unmittelbare Betroffenheit	422
7. Subsidiarität	423
a) Rechtswegerschöpfung	424
b) Ausnutzung aller sonstigen Möglichkeiten	425
c) Grenzen der Subsidiarität	427
aa) § 90 II 2 BVerfGG	427
bb) Unzumutbarkeit	428
8. Rechtsschutzbedürfnis	428
9. Frist und ordnungsgemäße Begründung	428
10. Keine entgegenstehende Rechtskraft	429

III.	Begründetheit	430
1.	Allgemeines zum Prüfungsmaßstab bei Verfassungsbeschwerden	430
2.	Prüfung der Verfassungsmäßigkeit auch in formeller Hinsicht	430
3.	Nur Verstöße gegen „spezifisches Verfassungsrecht“	430
a)	Überprüfung von Gerichtsentscheidungen	431
b)	Überprüfung von Verwaltungsentscheidungen	431
IV.	Annahme zur Entscheidung	432
V.	Entscheidungen	433
1.	Stattgebende Entscheidungen	434
2.	Nicht stattgebende Entscheidungen	434
VI.	Besonderheiten der Kommunalverfassungsbeschwerde	434
§ 52. Organstreitverfahren	435
I.	Grundsätzliches	435
II.	Zulässigkeit	436
1.	Rechtswegeröffnung/Zuständigkeit des BVerfG	436
2.	Beteiligten- bzw. Parteifähigkeit	436
3.	Verfahrensgegenstand	438
4.	Antragsbefugnis	438
5.	Rechtsschutzbedürfnis	439
6.	Frist	439
III.	Begründetheit	439
§ 53. Abstrakte Normenkontrolle	440
I.	Grundsätzliches	440
II.	Zulässigkeit	440
1.	Rechtswegeröffnung/Zuständigkeit des BVerfG	440
2.	Antragsberechtigung	440
3.	Prüfungsgegenstand	441
4.	Antragsgrund	442
a)	§ 76 I Nr. 1 BVerfGG	442
b)	§ 76 I Nr. 2 BVerfGG	443
5.	Rechtsschutzbedürfnis/Klarstellungsinteresse	443
6.	Keine Frist	443
III.	Begründetheit	444
IV.	Besonderheiten des Verfahrens nach Art. 93 I Nr. 2a GG	444
§ 54. Konkrete Normenkontrolle	444
I.	Grundsätzliches	444
II.	Zulässigkeit	445
1.	Rechtswegeröffnung/Zuständigkeit des BVerfG	445
2.	Vorlageberechtigung	445
3.	Vorlagegegenstand	445
4.	Vorlagegrund	447
5.	Entscheidungserheblichkeit	447
6.	Vorlagebegründung	448
III.	Begründetheit	448
§ 55. Bund-Länder-Streitverfahren	449
I.	Grundsätzliches	449
II.	Zulässigkeit	449
1.	Rechtswegeröffnung/Zuständigkeit des BVerfG	449
2.	Parteifähigkeit und Prozessfähigkeit	449
3.	Verfahrensgegenstand	449
4.	Antragsbefugnis	450

5. Vorverfahren aufgrund von Art. 84 IV 1 GG	450
6. Frist	450
III. Begründetheit	450
§ 56. Sonstige Verfahrensarten	450
I. Andere föderale Streitigkeiten	451
II. Parteiverbotsverfahren und Finanzierungsausschluss einer Partei	451
III. Wahlprüfungsverfahren und Nichtanerkennungsbeschwerde	451
IV. Präsidentenanklage	452
V. Überprüfung der Einsetzung eines Untersuchungsausschusses	452
§ 57. Einstweilige Anordnungen	452
I. Allgemeines	452
II. Zulässigkeit	452
1. Zuständigkeit des BVerfG	452
2. Antrag	453
3. Antragsberechtigung	453
4. Keine offensichtliche Unzulässigkeit des Hauptsacheverfahrens	453
5. Keine Vorwegnahme der Hauptsache	453
6. Form und Frist	454
III. Begründetheit	454
1. Besondere Eilbedürftigkeit	454
2. Abwägung	454

beck-shop.de

Zweiter Teil. Verwaltungsrecht

Erster Abschnitt. Allgemeines Verwaltungsrecht

Erstes Kapitel. Die öffentliche Verwaltung

§ 58. Grundbegriffe des Organisationsrechts	456
I. Organisation der Verwaltung	456
1. Verwaltungsträger	456
2. Organ und Organwalter	456
3. Behörde	457
II. Weisung und Aufsicht	458
1. Beziehungen innerhalb von und zwischen Verwaltungsträgern	458
2. Staatsaufsicht über die Gemeinden	459
a) Aufgaben der Gemeinde	459
b) Kommunalaufsicht	461
§ 59. Unmittelbare Staatsverwaltung	465
§ 60. Mittelbare Staatsverwaltung	467
I. Körperschaften des öffentlichen Rechts	467
1. Gebietskörperschaften	467
a) Kommunale Selbstverwaltung	467
b) Bürger und Einwohner	469
c) Gemeindevorfassung	472
aa) Wahl des Gemeinderats	472
bb) Stellung der Mitglieder des Gemeinderats	473
cc) Innere Organisation und Verfahren des Gemeinderats	475
dd) Zuständigkeiten des Gemeinderats	478
ee) Gemeindevorstand	479
d) Landkreise	480

2. Weitere Körperschaftsformen	481
II. Anstalten des öffentlichen Rechts	482
III. Stiftungen des öffentlichen Rechts	482
IV. Wahrnehmung öffentlicher Aufgaben durch Private	482
 Zweites Kapitel. Das Recht der Verwaltung	
§ 61. Funktionen und Quellen des Verwaltungsrechts	484
§ 62. Bedeutung von Europarecht und Verfassungsrecht für das Verwaltungsrecht	485
I. Europäisierung des Verwaltungsrechts	485
II. Verfassungsrecht	486
§ 63. Gesetze, Rechtsverordnungen und Satzungen	487
I. Gesetze	487
II. Rechtsverordnungen	487
III. Satzungen	488
1. Satzungautonomie und -erlass	488
2. Insbesondere kommunale Satzungen	488
3. Insbesondere der Bebauungsplan	490
a) Bebauungsplan als verbindlicher Bauleitplan	490
b) Verhältnis zum Flächennutzungsplan	491
c) Aufstellungsverfahren	491
§ 64. Verwaltungsvorschriften	493
I. Arten von Verwaltungsvorschriften	494
II. Bindungswirkung der Verwaltungsvorschriften	495
1. Norminterpretierende Verwaltungsvorschriften	495
2. Ermessenslenkende Verwaltungsvorschriften	496
3. Normkonkretisierende Verwaltungsvorschriften	497
III. Möglichkeit des Einzelnen zur Kenntnisnahme von Verwaltungsvorschriften	497
§ 65. Weitere Rechtsquellen	498
I. Technische Regeln	498
II. Gewohnheitsrecht und Richterrecht	499
§ 66. Normenhierarchie und Verwerfungskompetenz	499
I. Kollisionsprobleme bei Einschlägigkeit mehrerer Rechtsquellen	499
II. Prüfungs- und Verwerfungskompetenz	500
§ 67. Verwaltungsrecht und öffentliches Recht	502
I. Bedeutung der Unterscheidung von öffentlichem Recht und Privatrecht	502
II. Abgrenzungsmaßstäbe und -probleme	503
1. Abgrenzungstheorien	503
2. Problemfälle	505
a) Hausverbote	505
b) Abwehr von Immissionen oder Störungen	506
c) Informationen und Werturteile	507
III. Privatrechtliches Handeln der öffentlichen Verwaltung	507
1. Verwaltungsprivatrecht	508
2. Bedarfsdeckung	511
3. Erwerbswirtschaftliches Handeln	511

Drittes Kapitel. Das Handeln der Verwaltung

§ 68. Bindungen des Verwaltungshandelns	512
I. Die Struktur der Entscheidungsfindung durch die Verwaltung	512
II. Unbestimmte Rechtsbegriffe und Beurteilungsspielraum	514
1. Unbestimmte Rechtsbegriffe im Polizeirecht	515
2. Beurteilungsspielräume der Behörde	518
§ 69. Ermessen der Verwaltung	520
I. Eröffnung des Ermessens	520
II. Struktur der Ermessensentscheidung	522
III. Ermessensfehler	523
IV. Ermessensreduzierung	525
V. Regulierungsermessen	526
§ 70. Planerische Gestaltungsfreiheit	526
I. Gestaltungsfreiheit als Kern der Planung	526
II. Materielle Rechtmäßigkeitsvoraussetzungen eines Bebauungsplans	527
1. Planrechtfertigung	527
2. Gebot der Konfliktbewältigung	528
3. Abwägungsgebot	528
4. Interkommunales Abstimmungsgebot	530
III. Gerichtliche Kontrolle der gemeindlichen Abwägungsentscheidung	531
IV. Fehlerfolgen	533
§ 71. Das subjektive öffentliche Recht	534
I. Begriff und Bedeutung	534
II. Ableitung eines subjektiven öffentlichen Rechts	535
III. Anspruch auf fehlerfreie Ermessensausübung	539
§ 72. Das Verwaltungsverfahren	540
I. Der Anwendungsbereich der Verwaltungsverfahrensgesetze des Bundes und der Länder	541
II. Begriff und Arten des Verwaltungsverfahrens	542
III. Die zuständige Behörde	543
1. Zuständigkeitsregelungen im Bereich des Polizei- und Ordnungsrechts	544
2. Amts- und Vollzugshilfe	545
IV. Verfahrensablauf	546
1. Beginn des Verfahrens	546
2. Beteiligte	547
3. Verfahrensrechte der Beteiligten	549
4. Verfahrensgrundsätze	552
5. Abschluss des Verwaltungsverfahrens	552
§ 73. Formen des Verwaltungshandelns	552
I. Bedeutung der Handlungsformenlehre	552
II. Formales Verwaltungshandeln	553
III. Informales Verwaltungshandeln, insbesondere Realakte	554
1. Staatliche bzw. behördliche Warnungen und Empfehlungen	554
2. Informelle Absprachen	556
Viertes Kapitel. Verwaltungsakt	
§ 74. Bedeutung der Handlungsform Verwaltungsakt und Begriffsmerkmale	557
I. Die einzelnen Elemente der Definition des Verwaltungsakts	557
1. Handeln einer Behörde	559

2. Hoheitliche Maßnahme	559
3. Auf dem Gebiet des öffentlichen Rechts	561
4. Regelung	561
a) Realakte	562
b) Vorbereitungs- und Teilakte	562
c) Rechtserhebliche Willenserklärungen	563
5. Einzelfall	564
6. Mit unmittelbarer Außenwirkung	565
II. Allgemeinverfügung als Sonderfall	567
1. Adressaten- bzw. personenbezogene Allgemeinverfügung	567
2. Die sachbezogene Allgemeinverfügung	568
3. Benutzungsregelung	568
4. Zur Rechtsnatur der Verkehrszeichen	568
§ 75. Belastende Verwaltungsakte	569
I. Überblick	569
II. Notwendigkeit und Bestimmung der Ermächtigungsgrundlage	569
III. Einzelne Ermächtigungsgrundlagen	570
1. Bauaufsichtliche Eingriffsbefugnisse	571
2. Eingriffsbefugnisse der Polizei- und Ordnungsbehörden	574
a) Polizeiliche Generalklausel	574
b) Spezielle polizeiliche Eingriffsbefugnisse	575
c) Auswahl unter mehreren möglichen Maßnahmen	581
§ 76. Begünstigende Verwaltungsakte	581
I. Überblick	582
II. Erlassvoraussetzungen am Beispiel der Baugenehmigung	583
1. Genehmigungsbedürftigkeit	583
2. Genehmigungsfähigkeit des Vorhabens	586
a) Planungsrechtliche Zulässigkeit eines Vorhabens	586
aa) Vorhaben im Geltungsbereich eines qualifizierten Bebauungsplans	587
bb) Zulässigkeit während der Aufstellung eines Bebauungsplans	590
cc) Zulässigkeit von Vorhaben im Innenbereich	590
dd) Zulässigkeit von Vorhaben im Außenbereich	593
ee) Gemeindliches Einvernehmen	595
b) Bauordnungsrechtliche Zulässigkeit	597
c) Weitere Vorschriften	598
§ 77. Weitere Formen von Verwaltungsakten	599
I. Personen- und sachbezogene Verwaltungsakte	599
II. Gestaltende und feststellende Verwaltungsakte	601
III. Vorläufige und vorsorgliche Regelungen	601
IV. Verwaltungsakte in gestuften Verfahren	602
V. Zusage und Zusicherung	603
§ 78. Nebenbestimmungen zu Verwaltungsakten	604
I. Begriff und Arten	604
II. Zulässigkeit von Nebenbestimmungen	606
III. Rechtsschutzprobleme bei Nebenbestimmungen	607
§ 79. Erlass des Verwaltungsakts	609
I. Form und Bestimmtheit	609
II. Begründung	611
III. Adressat	611
1. Allgemeine Grundsätze	611

2. Der Adressat polizeilicher Maßnahmen	612
a) Verhaltensverantwortlichkeit	613
b) Zustandsverantwortlichkeit	614
c) Nichtstörer	615
d) Störerauswahl	615
IV. Bekanntgabe	616
 § 80. Verwaltungsvollstreckung	618
I. Grundlagen	618
II. Allgemeine Vollstreckungsvoraussetzungen	619
III. Vollstreckung wegen Geldforderungen	619
IV. Erzwingung von Handlungen, Duldungen oder Unterlassungen	620
1. Zwangsmittel	620
2. Vollstreckungsverfahren	621
V. Sofortiger Vollzug und unmittelbare Ausführung	623
 § 81. Fehlerhafte Verwaltungsakte	624
I. Wirksamkeit eines Verwaltungsakts	624
II. Folgen der Wirksamkeit	624
III. Nichtigkeit des Verwaltungsakts	625
1. Die absoluten Nichtigkeitsgründe des § 44 II VwVfG	626
2. Kein Ausschluss der Nichtigkeit nach § 44 III VwVfG	626
3. Die Generalklausel des § 44 I VwVfG	627
4. Die Teilnichtigkeit	628
5. Die Bedeutung und Feststellung der Nichtigkeit	628
IV. Die Fehlerhaftigkeit eines Verwaltungsakts	628
1. Berichtigung von Unrichtigkeiten eines Verwaltungsakts	629
2. Heilung und Beseitigung von Verfahrens- und Formfehlern	629
a) Heilung	629
b) Ergänzendes Verfahren	630
3. Unbeachtlichkeit von Verfahrens-, Form- und Zuständigkeitsfehlern	631
4. Umdeutung eines fehlerhaften Verwaltungsakts	632
 § 82. Aufhebung von Verwaltungsakten und Wiederaufgreifen des Verfahrens	633
I. Zu den verschiedenen Möglichkeiten der Aufhebung eines Verwaltungsakts	634
II. Grundlagen der Anwendung der §§ 48ff. VwVfG	634
III. Die Rücknahme rechtswidriger Verwaltungsakte	635
1. Rücknahme eines rechtswidrigen belastenden Verwaltungsakts	637
2. Rücknahme eines rechtswidrigen begünstigenden Verwaltungsakts	638
a) Rücknahme eines auf eine Geld- oder Sachleistung gerichteten Verwaltungsakts	638
b) Rücknahme eines sonstigen Verwaltungsakts	639
c) Ausschlussfrist des § 48 IV VwVfG	640
3. Besonderheiten bei Sachverhalten mit Unionsrechtsbezug	641
IV. Widerruf von Verwaltungsakten	643
1. Widerruf eines belastenden Verwaltungsakts	644
2. Widerruf eines begünstigenden Verwaltungsakts nach § 49 II VwVfG	644
3. Der Widerruf von Verwaltungsakten auf eine Geld- oder Sachleistung nach § 49 III VwVfG	646
V. Erstattung und Verzinsung	647
VI. Sonderregelung für die Drittanfechtung	648
VII. Wiederaufgreifen des Verfahrens	648
1. Struktur	648
2. Wiederaufgreifen des Verfahrens nach § 51 I VwVfG	649

3. Wiederaufgreifen nach pflichtgemäßem Ermessen	650
4. Entscheidungen im Zusammenhang mit dem Wiederaufgreifen des Verfahrens	651

Fünftes Kapitel. Vertragliches Handeln im Verwaltungsrecht

§ 83. Öffentlich-rechtlicher Vertrag	652
I. Begriffsmerkmale und Vertragsarten	653
1. Begriff des öffentlich-rechtlichen Vertrages	653
2. Vertragsarten	655
a) Koordinations- und subordinationsrechtliche Verträge	655
b) Vergleichs- und Austauschverträge	656
aa) Vergleichsvertrag	656
bb) Austauschvertrag	657
c) Verpflichtungs- und Verfügungsverträge	657
II. Zulässigkeit und formelle Anforderungen	658
1. Zulässigkeit der Handlungsform	658
2. Formerfordernisse	658
3. Zustimmung von Drittbetroffenen und Behörden	659
III. Inhaltliche Anforderungen	659
1. Vergleichsvertrag	660
2. Austauschvertrag	660
IV. Fehlerhafte öffentlich-rechtliche Verträge	661
1. (Schlicht) rechtswidrige Verträge	661
2. Nichtigkeit	662
a) Entsprechende Anwendung von Vorschriften des BGB	662
b) Besondere Nichtigkeitsgründe für den „subordinationsrechtlichen“ Vertrag	662
3. Teilnichtigkeit	663
4. Nichtigkeitsfolgen	663
a) Rückabwicklung, Abwicklung anderer Leistungen als eines Verwaltungsakts	664
b) Folgen für einen Erfüllungs-Verwaltungsakt	664
V. Durchsetzung und Verletzung vertraglicher Pflichten	664

Sechstes Kapitel. Öffentliche Sachen

§ 84. Recht der öffentlichen Sachen	665
I. Begriff der öffentlichen Sache	665
II. Öffentlich-rechtlicher Status	666
1. Widmung	667
a) Kommunale Einrichtungen und ihre Widmung	667
aa) Wirtschaftliche Unternehmen der Gemeinde	668
bb) Weitere kommunale Einrichtungen	670
b) Widmung öffentlicher Straßen	670
III. Arten der öffentlichen Sachen	671
1. Öffentliche Sachen im Gemeingebräuch	672
a) Gemeingebräuch	672
b) Sondernutzungen	674
2. Öffentliche Sachen im Sondergebrauch	676
3. Öffentliche Sachen im Anstaltsgebrauch	676
4. Öffentliche Sachen im Verwaltungsgebrauch	678

Zweiter Abschnitt. Öffentlich-rechtliche Haftungs- und Ausgleichsansprüche

§ 85. Übersicht	679
------------------------------	-----

§ 86. Amtshaftung	681
I. Struktur des Anspruchs	681
II. Anspruchsvoraussetzungen	682
1. Handeln in Ausübung eines öffentlichen Amtes	682
a) Öffentlich-rechtliches Tätigwerden	682
b) Handeln eines „Beamten“	683
c) Zusammenhang zwischen Schädigung und Amtsausübung	684
2. Verletzung der einem Dritten gegenüber bestehenden Amtspflicht	684
a) Verletzung einer Amtspflicht	684
b) Drittbezogenheit der Amtspflicht	685
3. Verschulden	687
4. Kausal verursachter Schaden	688
III. Haftungsausschlüsse und -beschränkungen	689
1. Subsidiaritätsklausel des § 839 I 2 BGB	689
2. Richterspruchprivileg des § 839 II BGB	689
3. Nichtgebrauch von Rechtsmitteln (§ 839 III BGB)	689
IV. Umfang des Schadensersatzanspruchs	690
V. Anspruchsgegner	690
VI. Anspruchsrealisierung und Rückgriff	691
VII. Sonderproblem: Schadensersatz bei Verletzung von Europarecht	691
§ 87. Entschädigung für Eigentumsbeeinträchtigungen	693
I. Einführung	693
II. Enteignungsentschädigung	694
III. Ausgleichspflichtige Inhalts- und Schrankenbestimmung	694
IV. Entschädigung aus enteignendem/enteignungsgleichem Eingriff	695
1. Gemeinsame Anspruchsgrundlage	696
2. Voraussetzungen für einen Entschädigungsanspruch wegen enteignungsgleichen Eingriffs	697
a) Eigentumsbeeinträchtigung	697
b) Eingriff	698
aa) Hoheitliche Maßnahme	698
bb) Rechtswidrigkeit der Maßnahme	699
cc) Allgemeinwohlbezug der abverlangten Einbuße	699
dd) Unmittelbarkeitsbeziehung zwischen Maßnahme und Eigentums- beeinträchtigung	699
ee) Entschädigungspflichtiger Eingriff durch Unterlassen	700
c) Sonderopfer	700
d) Kein Ausschluss durch Mitverschulden	700
3. Voraussetzungen für einen Entschädigungsanspruch wegen enteignenden Eingriffs	701
a) Eigentumsbeeinträchtigung	701
b) Eingriff durch eine rechtmäßige hoheitliche Maßnahme	701
c) Sonderopfer	702
4. Art und Umfang der Entschädigung	702
5. Anspruchsgegner	703
6. Anspruchskonkurrenzen und Rechtsweg	703
§ 88. Aufopferungsanspruch	704
I. Grundlagen	704
II. Anspruchsvoraussetzungen	704
1. Unmittelbarer hoheitlicher Eingriff in nicht vermögenswerte Rechte im Allgemeininteresse	705

2. Sonderopfer	706
3. Haftungsausschluss entsprechend § 254 BGB	706
III. Entschädigung	706
IV. Spezialgesetzlich geregelte Aufopferungsansprüche	707
1. Entschädigung bei rechtmäßigen polizeilichen Maßnahmen	707
a) Nichtstörer	707
b) Störer/Verantwortlicher	708
c) Anscheinsteller	708
d) Unbeteiligte	708
2. Entschädigung bei rechtswidrigen polizeilichen Maßnahmen	709
§ 89. Abwehr- und Folgenbeseitigungsanspruch	709
I. Grundlagen	709
II. Folgenbeseitigungsanspruch	709
1. Anspruchsvoraussetzungen	710
a) Eingriff in ein subjektives Recht durch hoheitliches Handeln	710
b) Rechtswidriger Zustand	710
c) Möglichkeit und Zumutbarkeit der Wiederherstellung	711
2. Inhalt des Anspruchs	711
a) Wiederherstellungsanspruch	711
b) Unmittelbarkeit der Folgen; Mitverschulden	713
3. Prozessuale Geltendmachung	713
III. Der Abwehranspruch	713
§ 90. Ansprüche aus verwaltungsrechtlichen Sonderverbindungen	714
I. Grundlagen und Abgrenzungen	714
II. Öffentlich-rechtliche Geschäftsführung ohne Auftrag	714
1. Vorliegen einer öffentlich-rechtlichen GoA	715
2. Übertragbarkeit zivilrechtlicher Wertungen?	716
3. Führen eines fremden Geschäfts	717
4. Ansprüche	717
III. Öffentlich-rechtlicher Erstattungsanspruch	717
1. Voraussetzungen	718
2. Inhalt und Umfang des Erstattungsanspruchs	719
3. Durchsetzung des Erstattungsanspruchs	720
IV. Die öffentlich-rechtliche Verwahrung	721
Dritter Abschnitt. Verwaltungsprozessrecht	
Erstes Kapitel. Einführung	
§ 91. Grundlagen	721
I. Gegenstand des Verwaltungsprozessrechts	721
II. Schutz subjektiver Rechte	722
III. Aufbau der Verwaltungsgerichtsbarkeit	722
IV. Verfahrensgrundsätze	723
V. Gerichtliche Entscheidungen	724
Zweites Kapitel. Vorverfahren	
§ 92. Vorverfahren	724
I. Bedeutung und Funktion	724
II. Sachentscheidungsvoraussetzungen	726
1. Statthaftigkeit des Widerspruchs	726
2. Ungeschriebene Fälle des statthaften, aber entbehrlichen Widerspruchs	727
3. Ordnungsgemäße Widerspruchserhebung	728

4. Widerspruchsbefugnis	729
III. Verlauf des Vorverfahrens	729
IV. Begründetheit des Widerspruchs	731
Drittes Kapitel. Allgemeine Sachentscheidungsvoraussetzungen	
§ 93. Begriff und Einteilung der Sachentscheidungsvoraussetzungen	732
§ 94. Eröffnung des Verwaltungsrechtswegs	734
I. Verwaltunggerichtliche Zuständigkeit kraft Sondervorschrift oder Verweisung	735
II. Abdrängende Sonderzuweisung an ein anderes Gericht	735
1. Staatshaftungsrechtliche Ansprüche	736
2. Justizverwaltungsakte	736
3. Zuweisungen durch Landesgesetz	738
4. Zuweisung an den ordentlichen Rechtsweg nach § 40 II 1 VwGO	738
III. Generalklausel des § 40 I 1 Hs. 1 VwGO	739
1. Vorliegen einer rechtlichen Streitigkeit	739
a) Sog. justizfreie Hoheitsakte	740
b) Organstreitigkeiten	740
2. Vorliegen einer Streitigkeit nichtverfassungsrechtlicher Art	740
3. Vorliegen einer öffentlich-rechtlichen Streitigkeit	741
§ 95. Beteiligtenbezogene Sachentscheidungsvoraussetzungen	742
I. Eigenschaft als Beteiligter	742
II. Beteiligtenfähigkeit	744
III. Prozessfähigkeit, Postulationsfähigkeit, Prozessführungsbefugnis	744
§ 96. Klagebezogene Sachentscheidungsvoraussetzungen	745
I. Ordnungsgemäße Klageerhebung oder Antragstellung	745
II. Fehlende Rechtshängigkeit und Rechtskraft	745
III. Allgemeines Rechtsschutzbedürfnis	747
1. Fehlende, noch fehlende oder nicht mehr bestehende Erreichbarkeit des verfolgten Ziels	747
2. Einfachere Möglichkeit zur Erreichung des Rechtsschutzzieles	748
3. Missbräuchliche Inanspruchnahme des Gerichts	748
Viertes Kapitel. Klagearten	
§ 97. Bedeutung und Einteilung der Klagearten	749
§ 98. Anfechtungsklage	750
I. Überblick	750
II. Besondere Sachentscheidungsvoraussetzungen	751
1. Statthaftigkeit der Anfechtungsklage	751
2. Klagebefugnis	752
3. Durchführung eines Vorverfahrens	754
4. Klagefrist	754
III. Begründetheit der Anfechtungsklage	754
1. Maßgeblicher Beurteilungszeitpunkt	755
2. Gerichtliche Kontrolldichte	755
3. Vorliegen einer Rechtsverletzung	756
IV. Die Entscheidung des Gerichts	756
§ 99. Die Verpflichtungsklage	757
I. Überblick	757
II. Besondere Sachentscheidungsvoraussetzungen	758

1. Statthaftigkeit der Verpflichtungsklage	758
a) Verhältnis zur Anfechtungsklage	758
b) Bescheidungsklage	759
2. Klagebefugnis	760
3. Weitere Sachentscheidungsvoraussetzungen	760
III. Begründetheit der Verpflichtungsklage	761
 § 100. Allgemeine Leistungsklage	 761
I. Überblick	761
II. Statthaftigkeit der allgemeinen Leistungsklage	762
1. Abgrenzung zur Anfechtungs-/Verpflichtungsklage	762
2. Unterlassungsklage	763
III. Klagebefugnis	763
IV. Weitere besondere Sachentscheidungsvoraussetzungen	764
V. Begründetheit	764
 § 101. Allgemeine Feststellungsklage	 764
I. Überblick	764
II. Statthaftigkeit	765
1. Bestehen oder Nichtbestehen eines Rechtsverhältnisses	765
2. Nichtigkeit eines Verwaltungsakts	766
III. Subsidiarität der Feststellungsklage	766
IV. Feststellungsinteresse	767
V. Klagebefugnis?	768
VI. Weitere Sachentscheidungsvoraussetzungen	769
VII. Begründetheit der Feststellungsklage	769
 § 102. Fortsetzungsfeststellungsklage	 769
I. Überblick	769
II. Fortsetzungsfeststellungsklage bei Erledigung des Verwaltungsakts <i>nach</i> Klageerhebung	770
1. Verwaltungsakt, der sich nach Klageerhebung erledigt hat	771
2. Klagebefugnis, Vorverfahren und Klagefrist	771
3. Fortsetzungsfeststellungsinteresse	772
a) Wiederholungsgefahr	772
b) Rehabilitationsinteresse	772
c) Vorbereitung eines weiteren Prozesses	773
d) Gewichtiger Grundrechtseingriff	773
III. Fortsetzungsfeststellungsklage bei Erledigung des Verwaltungsakts <i>vor</i> Klageerhebung	774
1. Erfordernis eines Vorverfahrens?	774
2. Geltung einer Klagefrist?	774
3. Fortsetzungsfeststellungsinteresse	775
IV. Begründetheit der Fortsetzungsfeststellungsklage	775
 § 103. Organklagen	 775
I. Begriff	775
II. Probleme	776
 § 104. Normenkontrollverfahren	 778
I. Überblick	778
II. Besondere Sachentscheidungsvoraussetzungen	779
1. Zuständigkeit des OVG	779
2. Statthaftigkeit	780
3. Antragsbefugnis	781

a) Natürliche und juristische Personen	781
b) Behörden	783
4. Antragsfrist, Rechtsschutzbedürfnis	783
III. Begründetheit der Normenkontrolle	784
Fünftes Kapitel. Vorläufiger Rechtsschutz	
§ 105. Grundlagen des vorläufigen Rechtsschutzes	785
§ 106. Vorläufiger Rechtsschutz nach §§ 80–80b VwGO	786
I. Aufschiebende Wirkung	787
II. Ausschluss der aufschiebenden Wirkung kraft Gesetzes	788
III. Behördliche Entscheidungen	789
1. Anordnung des Sofortvollzugs durch die Behörde	789
2. Aussetzung der Vollziehung durch die Behörde	790
IV. Gerichtliche Entscheidungen	791
1. Anordnung und Wiederherstellung der aufschiebenden Wirkung durch das Gericht	791
a) Sachentscheidungsvoraussetzungen des Antrags nach § 80 VwGO	791
b) Begründetheit des Antrags nach § 80 VwGO	792
c) Entscheidung des Gerichts	793
2. Anordnung der sofortigen Vollziehung	794
V. Vorläufiger Rechtsschutz und Europarecht	796
§ 107. Einstweilige Anordnung nach § 123 VwGO	797
I. Anwendungsbereich und Formen der einstweiligen Anordnung	797
II. Sachentscheidungsvoraussetzungen	798
III. Begründetheit des Antrags	798
1. Anordnungsanspruch	799
2. Anordnungsgrund	799
3. Glaubhaftmachung	799
4. Verbot der Vorwegnahme der Hauptsache	800
IV. Verfahren und Entscheidung	800
Stichwortverzeichnis	801

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG